



# M i l l a b a d e r Tagblatt

Engtalbote Wildbader Zeitung  
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad  
und das obere Engtal



Ercheint täglich, ausgen. Sonnt. u. Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Vertriebe monatlich 1.70 RM. — Einzelnummern 10 Pf. — Bezugskonto Nr. 36 bei der Oberamtspoststelle Wildbad. — Druckerei: Engelhardt & Co., Wildbad. — Verleger: Gemeindefiskus Wildbad. — Postfach-Nr. 291 74.

Druck, Verlag und Schriftleitung: Eberhard Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 86. Telefon 179. — Wohnung: Wismanstraße 48.

## Lardieus Politik auf der Flottenkonferenz

**Flottenbaueinschränkung gegen Bürgschaftsvertrag**  
Die Pariser Blätter sind aufgebracht über die Bemerkung des Londoner „Daily Herald“, Lardieu wolle die Flottenkonferenz torpedieren. Die Beschuldigung rühre von Mac Donald selbst her und sei darum ernst zu nehmen. Die englisch-amerikanische Gemeinschaft laufe darauf hinaus, Amerika zu gestatten, daß es sich mit den geringsten Kosten die Teilhaberschaft an der bisher von England allein ausgeübten Beherrschung der Meere verschaffen könne. Die Engländer ihrerseits möchten in ihren Finanznöten dabei möglichst große Ersparnisse machen. Man könne aber Frankreich nicht zumuten, daß es wegen dieser angelegentlichsten Pläne seine Sicherheit vernachlässige.

Die Presse läßt übrigens durchblicken, daß Frankreich über seine Forderung von 724 000 Tonnen auch mit sich handeln lasse und bereit sei, sie zu ermäßigen, wenn England und Amerika gemeinsam die Bürgschaft für die Sicherheit Frankreichs übernehmen und einen dahingehenden erweiterten Locarnovertrag (gegen Deutschland und Italien) mit Frankreich abschließen.  
Das Ziel Lardieus auf der Flottenkonferenz ist damit klar gestellt. Seit der Weigerung der Vereinigten Staaten, dem Versailler Vertrag beizutreten, ist die ständige Sorge der französischen Staatsmänner, den bei den Friedensverhandlungen in Aussicht gestellten amerikanisch-englischen Bürgschaftsvertrag für die Sicherheit Frankreichs irgendwie zu erledigen. Briand bezeichnet immer wieder seine Locarnopolitik als einen Erfolg für das nachträglich von Amerika verweigerte Bürgschaftsbündnis. Lardieu, der Mitverfasser des Vertrags von Versailles, möchte jetzt zu Hause mit dem Hinweis aufwarten können, daß er in London etwas Greifbareres durchgesetzt habe, als Briand mit dem Locarnovertrag. Dazu möchte er die zwangsläufig sich ergebende amerikanisch-englische Flottenvereinbarung ausbeuten, um sich die Verminderung des französischen Flottenbauprogramms mit irgendeinem Bürgschaftsvertrag abkaufen zu lassen. Die Sanktionsbestimmung, so wie sie von den Franzosen ausgelegt wird, soll ergänzt werden durch ein englisch-französisches Bürgschaftsverprechen militärischer Art „gegen den etwaigen Angreifer“.

**Frankreichs Forderungen unvereinbar mit Locarno**  
Die italienische Presse schlägt gegen Frankreich täglich schärfere Töne an. Der „Corriere della Sera“ spricht von ungläublichen französischen Flottenforderungen, und der „Popolo d'Italia“ schreibt, die Haltung Frankreichs in London sei unvereinbar mit den Locarnoabmachungen. Die Forderungen Lardieus seien unbegründet, da Frankreich bei einem Angriff durch Deutschland von Großbritannien und Italien geschützt würde. Somit sei eine Annahme einer gleichzeitigen Verteidigung gegen Deutschland und Italien sinnlos. Das Blatt Mussolinis bezeichnet es als notwendig, zu untersuchen, ob Geist und Wortlaut des Locarnoabkommens als noch vollständig in Kraft bestehend betrachtet werden können.

**Lardieu erkrankt**  
Paris, 17. Februar. Amtlich wird mitgeteilt, daß Ministerpräsident Lardieu aus London erkrankt zurückgekehrt sei und einige Tage das Bett hüten müsse. Der auf Montag anberaumte Ministerrat wurde auf Donnerstag verschoben.

## Der Neue Plan in den Ausschüssen

Berlin, 17. Febr. Bei der weiteren gemeinsamen Beratung des Neuen Plans und der mit ihm verbundenen Beschlüsse im Ausschuss und Hausparlament des Reichstags trat Abg. Dr. Reichert (Dnat.) der optimistischen Auslegung des Reichsaußenministers Dr. Curtius entgegen. Der größte Nachteil des Neuen Plans gegenüber dem Dawesplan liege darin, daß jetzt der Grundlag verfallen werde, die deutschen Reparationsleistungen nach der deutschen Leistungsfähigkeit zu berechnen. Die durchschnittliche Jahresbelastung solle über 2100 Millionen Goldmark betragen. Wie solle Deutschland diese Devisen aufbringen? zumal die Handelsbilanz voraussichtlich auch in Zukunft stark passiv bleiben werde. Es sei sehr bedauerlich, daß die Regierung die bisherigen Leistungen Deutschlands ganz außer Rechnung gelassen habe.

Abg. Dr. Hoehsch (Chr.-Nat. Arb.-Gem.) erklärt, es sei unrichtig, wenn Curtius behauptet habe, zwischen den Verpflichtungen des Neuen Plans und den Verbandsschulden an Amerika bestünde „kein Zusammenhang“. Tatsächlich habe der Neue Plan diese Schulden auf Deutschland abgewälzt. Von der Hauptsache, der deutschen Leistungsfähigkeit, sei im Haag und in Paris überhaupt nicht mehr gesprochen worden. Warum haben die deutschen Sachverständigen sich auf 2100 Milliarden treiben lassen, da Dr. Schacht zuerst doch nur eine Milliarde angeboten habe?  
Abg. Dr. Klönne: Der Neue Plan schneide alle Möglichkeiten einer Herabsetzung ab. Der Endwert allein ist maß-

## Tagesspiegel

Amtlich wird mitgeteilt, es sei nichts bekannt, daß der Reichspräsident weitere Parteiführer empfangen werde.

Der deutsche Botschafter v. Hösch in Paris hatte eine Unterredung mit Briand.

Der deutsche Gesandte in Belgrad, Dr. Köster, ist an einer Vergiftung schwer erkrankt und mußte in einem Krankenhaus operiert werden. Der Zustand ist sehr ernst.

Der Gesundheitszustand der Königin von Schweden in Rom hat sich verschlimmert. Der König hat eine Reise nach Nizza ausgegeben und bleibt in Rom.

Die Finanzminister der Länder haben in der Konferenz fast einstimmig gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer sich ausgesprochen.

In Genf wurde in Anwesenheit von etwa 140 Regierungsvertretern, Sachverständigen und Beobachtern aus 34 Staaten, darunter 8 Ueberseestaaten, am Montag vormittag die Zoll-Waffenstillstands-Konferenz von dem früheren dänischen Außenminister Graf v. Nolte eröffnet. Wenn bei diesen kostspieligen Konferenzen nur auch etwas herauskäme!

Abg. Dernburg (Dem.): Der Sonderausschuß der Tributbank habe nur das Recht, über einen etwaigen Zahlungsausschuß zu bestimmen. Man sei zu früh an die Revision des Dawesplans herangegangen.

Abg. Bernhard (Dem.) wandte sich dagegen, daß die Regierungsparteien „zahlungsfreudig“ seien. Die Rechtsstelle die Wirtschafts- und Finanzlage zu düster dar. Der Neue Plan sei nicht endgültig.

Abg. Dauch (Dp.): Der Neue Plan bedeute eine furchtbare Last, die gar nicht bezahlt werden könne, wenn unsere Ausfuhr nicht um 3,5 bis 4 Milliarden gesteigert werden könne. Es sei auffallend, daß Desterreich, Ungarn und Bulgarien im Haag um so viel besser behandelt worden seien als Deutschland. Selbst nach der niedrigsten Schätzung von neutraler Seite habe Deutschland bereits 35 Milliarden an Kriegskrediten bezahlt und jetzt soll es noch weitere 36 Milliarden gegenwartswert oder 116 Milliarden Endwert bezahlen. Mit der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftspolitik müsse Schluss gemacht und Youngpolitik betrieben werden. Wer diese Folgerung nicht zieht, darf auch den Neuen Plan nicht annehmen.

Abg. Graf Westarp (Dnat.) beantragt, die deutschen Mitglieder der Pariser Sachverständigen-Ausschusses, besonders Dr. Schacht zu vernehmen. Minister Curtius entgegnete, dies sei nicht nötig; die Minister seien ebenso sachverständig wie Dr. Schacht. Der Antrag wurde abgelehnt.

Abg. Graf Westarp stellte darauf folgende Anträge: Die Regierung soll ersucht werden: 1. mit eingehender Begründung zu erklären, ob sie die Zahlungen des Pariser Plans für dauernd durchführbar hält und die darüber von dem deutschen Sachverständigen in Paris abgegebenen Gutachten mit den dazu aufgestellten Unterlagen mitzuteilen, 2. durch eine ausdrückliche Erklärung das Recht Deutschlands vorzubehalten, die Revision des Plans mit dem Ziel der Herabsetzung der deutschen Leistungen im Fall seiner Undurchführbarkeit zu fordern und, nötigenfalls nach neuen diplomatischen Verhandlungen, festzustellen und mitzuteilen, ob die Vertragsmächte diesen Vorbehalt anerkennen.

Reichswirtschaftsminister Schmidt (Soz.): Wer heute die Verantwortung trage, müsse optimistisch denken. Unsere Lage sei nicht so schlimm. Wenn der Neue Plan abgelehnt würde, wäre ein neuer Kampf zu führen. Man müsse vermeiden, daß französisches Militär noch einmal im Ruhrgebiet arbeite.

Abg. v. Sybel (Chr.-nat. Bauernp.): Der Minister Curtius habe den Gegenwartswert des Dawesplanes auf 49 Milliarden, den des Neuen Plans zu 34,5 Milliarden berechnet. Er habe aber veräußert, von dem Dawesplan die Gutschriften des Londoner Ultimatus abzuziehen und andererseits zum Neuen Plan die Milliarden der Liquidationen, der Sonderzahlungen an Belgien usw. hinzuzurechnen. Das sei irreführend. Wenn man richtig rechne, dann sei der Unterschied des Gegenwartswerts beider Pläne sehr gering. Die Quittung für die leichtfertige Politik der Regierung seien die 3 Millionen Arbeitslose, davon 2 1/2 Millionen Reichsunterstützte, die zusammengebrachte Landwirtschaft und die immer weiter zerbrechende Industrie.

Abg. Westarp: Der Reichsernährungsminister Schmidt habe die Lage der deutschen Wirtschaft rosig geschildert. Die Wirklichkeit sehe anders aus. Woju die Zahlenpielereien! Mit keinen noch so schönen Worten lasse sich die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die deutsche Abordnung im Haag die Verbandsschulden an Amerika auf Deutschland über-

nommen habe. Entscheidend sei das, daß trotz der anfänglichen Zahlungserleichterungen des Youngplans die deutsche Wirtschafts- und Finanzkrise zu einer dauernden gemacht werde. Bei Verhandlungen über Zahlungsausschuß werde die Krise Deutschland in eine viel unangstigeren Lage bringen, als es bei einer Daweskrise sein werde.  
Abg. Dernburg bleibt dabei, daß der Youngplan um 7 Milliarden günstiger sei als der Dawesplan.

## Um die Verfassungsmäßigkeit der württembergischen Staatsregierung

Leipzig, 17. Februar. Vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich begann am Montag vormittag unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke die Verhandlung über die Klage der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei im Württembergischen Landtag gegen das Land Württemberg und gegen den Württembergischen Landtag auf Feststellung, daß die seit dem 8. Juni 1928 bestehende Regierung Dr. Bolz auf verfassungswidrige Weise besteuert und widerrechtlich im Amt sei. Die sozialdemokratische Fraktion wird durch Dr. Kurt Schumacher vertreten, während für die württembergische Regierung Staatsrat Dr. Hegelmaier erschienen ist.

Nach den Landtagswahlen vom 20. Mai 1928 war die bisherige Regierungskoalition von 42 auf 37 Abgeordnete zurückgegangen. Am 8. Juni 1928 wurde die Regierung Dr. Bolz, der Dr. Bazille als Kultusminister angehört, gebildet. Ein sozialdemokratischer Mißtrauensantrag wurde mit 36 Ja-Stimmen gegen 40 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Ein demokratischer Mißtrauensantrag gegen Dr. Bazille erzielte 40 Ja-Stimmen, 39 Nein-Stimmen, während ein Abgeordneter sich enthielt. Nach § 76 der Landtagsgeschäftsordnung verneint Stimmengleichheit die Frage, wobei Enthaltungen als Nein-Stimmen zu zählen sind. Nach dieser Bestimmung war der demokratische Antrag abgelehnt. Dasselbe Stimmverhältnis ergab sich bei Mißtrauensanträgen am 19. April 1929, nur, daß beim Antrag gegen Dr. Bazille 3 Enthaltungen und 37 Ja-Stimmen zu verzeichnen waren. Bei allen Abstimmungen hatte Dr. Bazille als Abgeordneter mitgestimmt, so daß die Annahme oder Ablehnung der Anträge von seiner Stimme abhängig war.

Die soz. Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß die Regierung, die nach Artikel 27 der württ. Verfassung des Vertrauens des Landtags bedürfe, dieses Vertrauen materiell nicht besitzen habe, da sie höchstens über 40 Stimmen, nicht aber über die Mehrheit verfüge. In der Stimmabgabe Dr. Bazilles in eigener Sache sei ein Verstoß gegen die guten Sitten zu erblicken.

Infolge des Staatsgerichtsurteils vom 22. März 1929 wurden der Volkspartei zwei und den Nationalsozialisten ein Mandat neu zuerkannt, während das Zentrum, die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten je einen Sitz verloren. Hierin erblickt die sozialdemokratische Fraktion eine „Neubildung des Landtags“, die auch eine Neubildung des Staatsministeriums hätte im Gefolge haben müssen.

Demgemäß beantragt die Fraktion, festzustellen, daß die Regierung Dr. Bolz und insbesondere Kultusminister Dr. Bazille seit dem 19. April 1929 in Widerspruch mit den Vorschriften des Artikels 27 der württ. Verfassung im Amt sei. Weiter beantragt die Fraktion Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 76, 3 der Geschäftsordnung des württ. Landtags und schließlich die Feststellung, daß das Abstimmungsergebnis über die Mißtrauensvoten gegen den Kultusminister Dr. Bazille deren Annahme durch den Landtag bedeute und daß die Stimme Dr. Bazilles nicht zu zählen sei.

Die württ. Regierung befreit diesen Anträgen gegenüber die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich, weil es einmal bei der Stimmabgabe von Abgeordneten sich nicht um eine Verfassungstreitigkeit handle, und sodann weil in bezug auf das widerrechtliche Verbleiben der Regierung im Amt eine Ministeranklage vor dem württ. Staatsgerichtshof nötig sei, der durch Anrufung des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich nicht umgangen werden dürfe. Verfassungstreitigkeiten seien nur solche Streitigkeiten, die die Landesverfassung selbst zum Gegenstand haben. Es sei in Württemberg feste Staatspraxis, daß die Regierung so lange im Amt bleibe, bis ein von den Regierungsparteien gestellter Vertrauensantrag abgelehnt oder ein von der Opposition gestellter Mißtrauensantrag angenommen wäre. Eines besonderen Vertrauensvotums bedürfte sie nicht. Seit dem 19. Januar 1930 seien im übrigen die Deutsche Demokratische Partei mit 8 Abgeordneten und die Deutsche Volkspartei mit 4 Abgeordneten in der Regierungskoalition eingetreten, so daß seitdem die Regierung mit 47 von 80 Mandaten eine feste Mehrheit habe. Mitbin habe die ganze Streitfrage kein rechtliches, sondern nur noch historisches Interesse.

Abg. Dr. Schumacher führte aus, in Württemberg als einem Land des „unechten“ Parlamentarismus müsse die Abhängigkeit des Kabinetts von der Volkserrettung und den sonstigen Kontrollenrichtungen anderweitig gesichert sein. Staatsrat Dr. Hegelmaier betonte, daß für die Auslegung der Paragraphen 27 und 28 der württ. Verfas-





die Lage der Landwirtschaft nach wie vor überaus ernst sei. Die Zahlungsunfähigkeit auf dem Lande nehme rasch zu. Wenn das deutsche Volk nicht die im Inland produzierten Lebensmittel kaufe und sein Geld für Inlandserzeugnisse ausgabe, dann gehe die Landwirtschaft zugrunde und mit ihr das deutsche Volk selbst.

Wirtschaftsminister Dr. Maier führte aus, bei der Hagelversicherung bestreite das Finanzministerium auf einer Reklameprämie von 120 Prozent. Das Wirtschaftsministerium werde die gestellten Anträge sachlich würdigen und fördern. Gegen einzelne Anträge habe er finanzielle Bedenken. Regierungsrat Dr. Schiller nahm zu den zollpolitischen Anträgen Stellung. Die württ. Regierung sei im Reichsrat mit ihren zollpolitischen Anträgen nicht durchgedrungen. Präsident Sting machte Mitteilungen über die Bekämpfung der Leberegelkrankheit. Für Bach- und Wiesenerweiterungen seien 845 000 RM. ausgegeben worden. Weitere Arbeiten seien im Gang. Es handle sich um 92 Anmeldungen, die einen Aufwand von über 1 Million Mark verursachen würden. Präsident Michels gab Aufschluß über die beabsichtigte Förderung des ländlichen Siedlungswesens durch die Wohnungskreditanstalt.

Es folgten die Abstimmungen über zahlreiche Anträge. Angenommen wurden Anträge auf ständige Anstellung von weiteren Tierärztinspektoren, auf Erhöhung des Etatsjahres bis zum Höchstbetrag von 40 000 M für Pferde- und Rindviehpriämierung anlässlich des landwirtschaftlichen Hauptfestes, auf Erhöhung des Etatsjahres für das Viehvericherungswesen von 40 000 auf 60 000 M, auf Befreiung der Nachschußpflicht der Landwirte zur Hagelversicherung im kommenden Etatsjahr mit 65 Prozent, auf Erhöhung des Etatsjahres für Siedlungszwecke von 5000 M auf 50 000 M, ferner ein Antrag des Bauernbunds und der Bürgerpartei, worin die Regierung dringend ersucht wird, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß sofort geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um die Rentabilität der Landwirtschaft herbeizuführen und für landwirtschaftliche Erzeugnisse stabile, sowie der gesunkenen Kaufkraft des Geldes entsprechende Preise zu sichern. In dem Antrag werden die dringlichsten Maßnahmen aufgeführt. Weiterhin wurden dann noch Anträge angenommen auf Verwendung von nur einheimischen, landwirtschaftlichen Erzeugnissen in den staatlichen Anstalten und auf Gewährung von Darlehen an Südmolkereien zur Förderung der gärungslosen Fruchterverwertung. Das Kap. 65 sowie Kap. 66 (Landgestüt) wurden angenommen.

Stuttgart, 17. Febr. Lage des Arbeitsmarktes. In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung standen am 12. Februar 1930 117 713 Personen, in der Krisenunterstützung 12 775 Personen. Die Gesamtzahl der Unterstützten stieg um 2773 Personen oder um 2,2 Proz. von 127 715 auf 130 488 Personen (112 840 Männer, 17 648 Frauen); davon kamen auf Württemberg 53 156 gegen 52 301 und auf Baden 77 332 gegen 75 414 am 5. Februar 1930. Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 12. Februar auf 1000 Einwohner 25,9 Hauptunterstützungsempfänger gegen 29,1 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Schnellverbindung Degerloch-Nürtingen. Unter dem Vorsitz von Landrat Niehammer tagten am letzten Samstag auf dem Rathaus in Sielmingen die Verkehrsausschüsse von Degerloch — Birtach — Hohenheim und Nürtingen, um zu dem Bau einer Bahnverbindung Degerloch — Nürtingen Stellung zu nehmen. Es wurde eine sechs-gliedrige Kommission eingesetzt, die den Plan beim Finanz-ausschuß des Landtags und bei der Stadtverwaltung Stuttgart vertreten soll. Man verheißte sich allerdings nicht, daß von seiten der Reichsbahn Schwierigkeiten entstehen könnten.

Neuverpachtung des Ratskellers. Nachdem der Vertrag mit dem bisherigen Pächter des Ratskellers, Rob. Sommer, am 1. April d. J. abläuft, ist die Führung des Ratskellers, sowie der Parkwirtschaft in der Villa Berg von dem genannten Tage an dem früheren Oberkellner des Hotels Marquardt, zurzeit Geschäftsführer des Cafés Eberhardsbau, S. Neuffer, einem geborenen Württemberger, übertragen worden.

Klagen Württembergs über die Reichsfinanzpolitik. In einer offenbar aus der „Vossischen Zeitung“ von zahlreichen andern Blättern übernommenen Mitteilung über die Berliner Finanzministerbesprechung der letzten Tage wird berichtet, daß lediglich Württemberg bei dieser Besprechung keine Klagen geäußert hätte. Dieser Bericht ist durchaus falsch. Im Gegenteil hat gerade der württ. Finanzminister auf die den Ländern und Gemeinden durch die Politik des Reichs auferlegten Belastungen und Einnahmeverkürzungen nachdrücklich hingewiesen und die schwersten Befürchtungen für die künftige Finanzlage der öffentlichen Körperschaften einschließlich Württembergs bei Fortsetzung der bisherigen Politik geäußert.

Bekanntete Arbeitszeit oder Durcharbeitszeit. Das Stadtschultheißenamt Stuttgart ist an die Handelskammer Stuttgart wegen einer Stellungnahme der Wirtschaftskreise zu der Frage der Kurzarbeitszeit herangetreten. Die Handelskammer kommt in ihrer Aeußerung auf Grund der in Stuttgart und Umgebung bei einer großen Anzahl von Firmen verschiedener Größe und aller Wirtschaftszweige angestellten Erhebungen zu dem Ergebnis, daß dem Gedanken der allgemeinen Einführung der Durcharbeitszeit die Mehrzahl der Wirtschaftskreise, soweit sie Industrie und Großhandel und einige Sonderzweige umfassen, nicht ablehnend gegenübersehen dürfte.

Zusammenschluß gleichgerichteter Elektrizitätsunternehmen. Generaldirektor Dr. Fischer von der Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen Ges. m. b. H. (V.E.W.) in Dortmund wird auf Veranlassung des Bezirksverbands überkommischer Elektrizitätswerke am Sonntag, den 22. Februar, nachmittags 2.30 Uhr im Sitzungssaal des Württ. Wirtschaftsministeriums in Stuttgart, Lindenstraße 4, einen Vortrag halten über „Zusammenschluß gleichgerichteter Elektrizitätsunternehmen“.

Vom Tage. In einem Kaffee-Restaurant des Hindenburgplatzes stürzte abends ein 19 J. a. Schreiner über das Treppengeländer etwa 6 Meter hoch ab. Er trug eine schwere Kopfverletzung davon, an der er wenige Stunden nach seiner Einlieferung in das Katharinenhospital starb. — In einem Haus der Calwerstraße verübte ein 21 J. a. Mann durch Einatmen von Gas einen Selbstmordversuch. Nach erfolgreicher Anwendung des Sauerstoffapparats wurde der Lebensmüde nach dem Katharinenhospital übergeführt. — Am Sonntag morgen zog sich in einem Wirtschaftstokal der Kotebühlstraße bei der Fertigung einer Blüchtaufnahme ein 21 J. a. Mann erhebliche Brandverletzungen an der Hand zu.



# Deutscher Stickstoff

## Im Frühjahr den Saaten deutschen Stickstoffdünger

### Aus dem Lande

Ehlingen, 17. Febr. Todesfall. Gestern früh verschied unerwartet rasch Fabrikant Johann Friedrich Langhebe, der Seniorchef der Firma Langhebe u. Co., im Alter von 63 Jahren.

Ludwigsburg, 17. Februar. Todesfall. In der Nacht auf Samstag starb hier Fabrikant J. Oskar Elias im Alter von 83 Jahren. Der Verstorbene gründete im Verein mit seinen drei hier noch lebenden jüngeren Brüdern die Firma Mechanische Buntweberei Elias und Söhne.

Untermberg, Olt. Vaihingen, 17. Februar. Tödlicher Motorradunfall. Auf der Straße nach Unterriegingen begegnete der 32 J. a. verh. Elektromonteur Karl Kaufher aus Bisingen mit dem Motorrad dem Landwirt Hermann Wähler von Untermberg mit seinem Kuhgespann. Kaufher streifte den Fahrwerkslenker, der eine Verletzung am linken Arm erlitt und stieß dann gegen den Wagen, so daß er stürzte und einen tödlichen Schädelbruch erlitt. Den Landwirt trifft keine Schuld.

Vielligheim, 17. Febr. Einbruch. In der Nacht auf Sonntag wurde in einem hiesigen Gasthaus ein Einbruch verübt. Gestohlen wurden Zigaretten, Wäsche und Stiefel. Dem Täter ist man auf der Spur.

Heilbronn, 17. Febr. Die 51. Vollversammlung der Handwerkskammer wurde von dem Vorsitzenden der Handwerkskammer, Bäckereihauptmeister Schure, geleitet. Dem Tätigkeitsbericht ist u. a. zu entnehmen: Während noch zu Beginn des Jahres 1929 nach einem langen, harten Winter das Handwerk auf das Einsehen einer guten Saison hoffte, mußte es bald, im Baugewerbe bereits zu Anfang der 2. Hälfte des Jahres, feststellen, daß die Aufträge merklich zurückgingen. Auch die Herbst- und Weihnachtsgeschäfte entsprachen nicht den Erwartungen. Allgemein sind die Klagen über die Belastung des Handwerks mit Steuern- und Soziallasten, über den Hausierhandel, über die zunehmende Konkurrenz der Warenhändler und über das starke Umschlagreifen des Borgunwesens. In ausführlichen Darlegungen berichtete Syndikus Dr. Frey über die Durchführung der Handwerksnovelle vom 11. Februar 1929.

Heilbronn, 17. Februar. Zahnklinikerzwang. Die schon seit längerer Zeit von der Allgemeinen Ortskrankenkasse beschlossene Einführung des Zahnklinikzwangs für Familienangehörige, soweit sie hier, in Böckingen, Neckargartach und Sontheim wohnhaft sind, ist nun vom Württ. Oberverwaltungsamt genehmigt worden und tritt mit dem 1. März 1930 in Kraft. Anscheinend wußte man in der Krankenkasse zur rentablen Bestaltung der Zahnklinik keinen anderen Ausweg.

Neckarjahn, 17. Februar. Ein Heimatspiel. Das Neckarjahn Heimatspiel „Der Löwenwirt von Neckarjahn“, Peter Heinrich Merkle, ein Opfer Napoleonscher Grausamkeit, wird nun endgültig in den Sommermonaten aufgeführt. Verfasser des Stücks ist Professor Dr. Bauer, Ludwigsburg, ein Sohn unserer Stadt. Die Leitung des Ganzen übernimmt Studienrat Lehmann.

Edelfingen Olt. Mergentheim, 17. Febr. Neue Tauberbrücke. Die neuerstellte Eisenbetonbrücke über die Tauber, deren Bau im Oktober v. J. begonnen wurde, ist nunmehr fertiggestellt und von nächster Woche an befahrbar. Die alte Holzbrücke wurde verkauft und wird kommende Woche abgebrochen. Die Einweihung soll im Mai d. J. stattfinden. Die Bauarbeiten lagen in den Händen der Firma Baresel AG, Stuttgart.

Wankheim, Olt. Tübingen, 17. Februar. Schwere Stichverletzungen. Gestern abend wurde Friedrich Henne bei einer Rauferei in Lunge und Hals gestochen. Er mußte in die Chirurgische Klinik nach Tübingen übergeführt werden.

Schramberg, 17. Febr. Selbstmord und Mordversuch. Nach einem Falschingsvergnügen wurde die 18-jährige Emilie Koderer von dem 23-jährigen E. Müller, mit dem sie ein Verhältnis gehabt, das sie aber tags zuvor gelöst hatte, durch drei Dolchstiche schwer, doch nicht lebensgefährlich verletzt. Müller vergiftete sich darauf in seiner Wohnung.

Göppingen, 17. Februar. Verleihung einer Apothekenberechtigung. An Stelle der bisherigen Zweigapothek in Salach soll eine Vollapothek errichtet werden.

Holzheim, Olt. Göppingen, 17. Februar. Diamantene Hochzeit. In Holzheim fand am Sonntag unter starker Beteiligung der ganzen Gemeinde die Feier der diamantenen Hochzeit des Ehepaars Gottlieb Strähle statt. Der Jubilar ist ein geborener Holzheimer und steht im 88. Lebensjahr, während seine Frau Karoline geb. Schönbommer aus Nürtingen gebürtig ist und 86 Lebensjahre zählt.

Ulm, 17. Febr. 80 Jahre Ulmer Bahnstation. Am 1. Juni d. J. werden es 80 Jahre, daß der allgemeine Eisenbahnverkehr zwischen Ulm und Friedrichshafen eröffnet und der Bahnhof Ulm in Betrieb genommen wurde. Die Probefahrten Geislingen-Ulm fanden am 22. Juni 1850 einen befriedigenden Abschluß; die Strecke konnte „nach dem Regulativ in 1¼ Stunden“ befahren werden und so wurde die Eröffnung des allgemeinen Verkehrs auf 29. Juni festgesetzt und mit diesem Zeitpunkt das Inkrafttreten des „Fahrtenplans“ für die ganze Württ. Staatseisenbahn von Heilbronn bis Friedrichshafen angekündigt.

Reutlingen, 17. Febr. Betriebsverletzung. Apotheker Haas ist dieser Tage nach Stuttgart verzoogen und hat auch seinen Betrieb dorthin verlegt. Er betrieb wohl die einzige chemische Fabrik in Reutlingen, indem er aus dem

Vergehalt des Viaschleifers wertvolle Stoffe gewann, die in der Heilkunde Verwendung finden.

Biberach, 17. Februar. Zur Liquidation der Firma Gerster. Bei der freiwilligen Grundstücksversteigerung der in Liquidation befindlichen Firma Gebr. Gerster zum Haberhäusle in Biberach-Birkendorf haben die beiden bisherigen Gesellschafter, Karl Gerster und Adolf Mayer, einem von den Liquidatoren vorgeschlagenen Teilungsplan der Gesamtmasse zugestimmt, nach dem Gerster den Bauernhof und Mayer die Bierbrauerei und die dazu gehörigen Wirtschaften übernimmt. Es verbleibt also der alte Familienbesitz der Familie erhalten.

Saulgau, 17. Februar. Um die Verstaatlichung des Katastervermessungswesens. Die Amtsversammlung vom 11. Juni 1929 hatte beim Württ. Innenministerium die Verstaatlichung des Katastervermessungswesens beantragt. Die hier in Betracht kommenden Verhältnisse liegen in den einzelnen Landesteilen sehr verschieden. Das Innenministerium teilte nun mit Erlaß vom 1. Februar mit, obige Frage stehe seit längerer Zeit in Behandlung des Finanzministeriums, es lasse sich jedoch wegen eingetretener Hindernisse nicht übersehen, wann eine Verstaatlichung möglich sei.

Wurzach, Olt. Leutkirch, 17. Februar. Tödlicher Unfall. Am Sonntag früh war Zimmermann Alois Pfau in Oberried mit Stallarbeiten beschäftigt. Aus noch nicht bekannter Ursache explodierte der im Stall befindliche Nessel-Kessel. Pfau erlitt schwere Verwundungen im Gesicht und an beiden Händen. Ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, verschied er nach kurzer Zeit im hiesigen Krankenhaus.

Von der bayerischen Grenze, 17. Februar. Brände. In dem Nebengebäude der Brauerei Taver Barfußler in Ingolstadt bei Weihenhorn, in dem Pferde- und Gastställen sowie die Holzremise untergebracht waren, brach Feuer aus, dem das Gebäude mit sämtlichem Heizmaterial und vielen landwirtschaftlichen Geräten zum Opfer fiel. — In Kleinkirchendorf brannte aus unbekannter Ursache der Stadel des Landwirts Johann Deutschenbour nieder.

Vom bayerischen Allgäu, 17. Febr. Ein Opfer der Vereinsmeierei. Wegen Unterschlagung von Vereinsgeldern stand Hugo Hauber vor dem Gericht in Kempten. Hauber war mehrere Jahre Vorstand eines Krankenunterstützungsver eins in Kempten. Als Vorstand oblag ihm die Durchführung der Aufwertung von Pfandbriefen in Höhe von 2500 Mark. Hauber hat die Aufwertungssumme im Betrag von 234 Mark für sich selbst verwendet. Als Vorstand einer Jahrgängervereinigung hat er weiter einen Betrag von 850 Mark unterschlagen. Als Grund gab er an, daß er durch seine Betätigung in einer ganzen Reihe von Vereinen eine gewisse Arbeitsüberlastung gehabt habe. Das Gericht verurteilte ihn zu 6 Wochen Gefängnis.

### Lokales.

Wildbad, den 18. Februar 1930.

Das Lesezimmer, welches für die Arbeitslosen im alten Schulhause eingerichtet wurde, wird sehr fleißig besucht. An Unterhaltung fehlt es dort nicht. Illustrierte Zeitschriften sandten Frau Direktor Rüd, Frau Ober-Med.-Rat Dr. Friz, Herr Mayer in Villa Großmann, Herr Architekt Hugenlaub; Unterhaltungsspiele wurden gestiftet von Herrn Stadtpfarrer Dauber und Herrn Hellberg. Allen edlen Gebern sei auch an dieser Stelle herzlichster Dank gesagt.

Fußball. Am Sonntag, den 16. Februar traf sich der Arb.-Sport-Verein Wildbad in Altenfeld mit der dortigen Freien Turnerschaft zu einem Freundschaftsspiel zusammen, das unentschieden 2:2 endete. Beim Spiel selber mußte gesagt werden, daß beide Mannschaften tatsächlich ein freundschaftliches Spiel ausführten. Nur der Schiedsrichter ließ zu wünschen übrig.

### Kleine Nachrichten aus aller Welt

Holzappel †. In Esenau bei Bern ist der Philosoph Rudolph Holzappel im Alter von 55 Jahren gestorben. Schon in früher Jugend des Vaters, eines österreichischen und später bei Ernst Mach in Wien, so daß er nun seine er in Südafrika und England sein kargliches Brot verdienen. In den wenigen freien Stunden widmete er sich eifrig dem Studium. Nach entbehrungsreichen Jahren fand er 1901 Unterstützung durch Ferdinand von Werners in Zürich und später bei Ernst Mach in Wien, so daß er nun seine philosophischen Werke schreiben konnte, deren bekannteste

